

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Für eigenständige EG-Annäherung

Bern (AP) Nationalbank-Präsident Markus Lusser hat sich für eine eigenständige und sorgfältige Annäherung der Schweiz an die Europäische Gemeinschaft (EG) ausgesprochen. Der EG-Beitritt werde früher oder später unumgänglich sein, doch dürfe dieser historische Schritt nicht durch überstürztes Handeln verpasst werden, sagte Lusser am Freitag an der Universität Bern. Bis es soweit sei, müsse die Schweiz ihre wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit erhalten.

Der Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wandte sich gegen die verbreitete Argumentation, der EWR-Beitritt der Schweiz sei vor allem deshalb zu unterstützen, weil er einen heilsamen Wettbewerbsdruck bringen werde. Diese Sicht sei eine wirtschaftspolitische Kapitulation. Die Schweiz müsse aus eigener Kraft wettbewerbsfähig sein. Den Beweis, dass dies möglich sei, habe zum Beispiel der Finanzsektor erbracht, sagte Lusser und fügte hinzu: «Wir haben stärkere Argumente für unsere Mitgliedschaft im EWR als die Wahrung oder Wiedergewinnung unserer Wettbewerbsfähigkeit». Diese hänge in erster Linie vom Leistungswillen der Schweiz ab.

Aktive Verkehrspolitik muss Entwicklung der Zukunft gestalten

Vortrag des österreichischen Verkehrsministers Dr. Rudolf Streicher über Verkehrspolitik in Europa vor dem Internationalen Presseclub

(G.M.) – «Unser Verkehrssystem darf nicht allein Antwort auf Nachfrageentwicklungen sein. Eine aktive Verkehrspolitik muss gestaltend in die Entwicklung des Verkehrssystems eingreifen und nicht erst auf bereits eingetretene Entwicklungen reagieren.» Um diese Leitlinie der österreichischen Verkehrspolitik, die vor einem Jahr formuliert wurde, rankte sich der Vortrag von Dr. Rudolf Streicher, des Verkehrsministers Österreichs, der am Donnerstagabend zu Gast beim Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) war.

Der LPC bringt es immer wieder fertig, bedeutende Persönlichkeiten zu einem Vortrag vor einem interessierten Publikum aus dem Medienbereich, Politik und Wirtschaft zu bewegen. Nach Fürst Hans-Adam II. und Nato-Generalsekretär Manfred Wörner sprach der österreichische Verkehrsminister Dr. Rudolf Streicher im Stammlokal des LPC, dem Hotel «Real» in Vaduz. Im Beisein von Landtagsvizepräsident Josef Biedermann, Regierungschef Hans Brunhart, Regierungsrat Wilfried Büchel und Bürgermeister Arthur Konrad formulierte er die österreichische Verkehrspolitik, die in enger Verbindung mit den Veränderungen im europäischen Verkehrsbereich steht. Die Verkehrspolitik rückt, das machte



Der österreichische Verkehrsminister Dr. Rudolf Streicher hielt vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) einen Vortrag über europäische Verkehrsfragen. LPC-Präsident Walter B. Wohlwend konnte neben Medienvertretern auch zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft begrüßen. (Bild: Beat Schurte)

Verkehrsminister Streicher deutlich, zunehmend in das Zentrum der europäischen Politik, womit er einerseits die Alpenanfrage ansprach, andererseits den zu erwartenden steigenden Ost-West-Verkehr. Die Verkehrspolitik müssen

nach seinen Worten die Verkehrspolitik europaweit strategisch lösen. Dazu ist jedoch notwendig, betonte Verkehrsminister Streicher, dass die Gedanken nicht nur bis zur nächsten Wahl reichen, sondern längerfristig ausgelegt seien.

Vor diesem Bekenntnis zur europäischen Verkehrspolitik hatte Streicher die österreichische Position ausführlich dargelegt und unterstrichen, dass Österreich bereits angefangen habe, im Rahmen des kombinierten Verkehrs Schiene-Strasse die Kapazitäten der Bahn wesentlich zu erhöhen. Im Zentrum aller Massnahmen stehen nach seinen Worten die Bestrebungen, die Belastung durch Schadstoffe möglichst weit zu reduzieren. Die Zielsetzung der österreichischen Verkehrspolitik lautet in diesem Zusammenhang, eine Halbierung der verkehrsbedingten Schadstoffe bis zum Jahr 2000 zu erreichen. Dieses ambitionöse Ziel kann erreicht werden, erklärte Verkehrsminister Streicher, wenn für den Transport immer das günstigste Transportmittel zum Einsatz gelange. Als Massnahmen nannte er die Vermeidung von Leerfahrten, die Durchsetzung des Prinzips der kürzesten Wege, die Vermeidung des überflüssigen Strassenverkehrs. Ausserdem sprach er sich für mehr Kostentransparenz im Bereich der Verkehrsrechnungen aus: Weder der LKW-Verkehr noch der PKW- und Bahnverkehr trage die effektiven Kosten, die durch diese Verkehrsträger verursacht würden, sofern alle Kosten, auch die Schädigungen der Umwelt, in den Berechnungen aufschienen.

Die Informations-Brems-Manöver der VU-Fraktion

Erneut kein Einverständnis der VU-Fraktion für eine bessere Information der Öffentlichkeit

(G.M.) – Seit Anbeginn der EWR-Verhandlungen setzt sich die Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) für eine möglichst breite und umfassende Information der Bevölkerung in Bezug auf die Integrationspolitik ein. Demgegenüber hält sich die Fraktion der Vaterländischen Union (VU) sehr zurück und vertraut offenbar allein auf die Berichte der Regierung, die sich bis anhin durch ihre Unverbindlichkeit auszeichneten. Alle Versuche der FBP-Fraktion, die von der VU gesetzte Markierung im Sinne einer offenen Informationspolitik zu überschreiten, scheiterten am herrschenden Mehrheitsverhältnis im Landtag. Jüngstes Beispiel ist die von der FBP-Fraktion geforderte Veröffentlichung des Protokolls, das im Rahmen eines nicht-öffentlichen Hearings des Parlaments erstellt wurde.

Das Informationsgespräch zwischen Regierung und Landtag fand, wie der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch im Landtag ausführte, am 29. Oktober statt. In dem bereits vorliegenden Protokoll habe er nichts gelesen, erklärte der FBP-Abgeordnete, «was der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein sollte». Obwohl er zusätzlich betonte, dass er sich damit in Übereinstimmung mit der FBP-Fraktion in dieser Frage befinde, fand sein Antrag, dieses Protokoll «als zu den öffentlichen Unterlagen des Landtags gehörend zu erklären» keine Zustimmung seitens der VU-Fraktion. Deren Gegenantrag, mit ihrer Stimmenmehrheit durchgesetzt, lautete dahingehend, dass als eine Art Vorsichtsmassnahme die Veröffentlichung dieses Protokolls erst nach der Paraphierung des EWR-Vertrages erfolgen sollte.

Die Frage, welche Aufgabe dem Parlament vor der Paraphierung des EWR-Vertrages zukomme, stand bereits einmal im Landtag zur Diskussion. In der Sommersitzung hatte die FBP-Fraktion im Hinblick auf die damals unmittelbar bevorstehende Schlussverhandlung von EG und EFTA, die dann allerdings vertagt wurde, den Antrag eingebracht, dass sich der Landtag ausgiebig, möglichst im Rah-

men einer Sondersitzung, mit dem EWR-Abkommen in öffentlicher Sitzung beschäftigen sollte.

Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) zog schon zu jenem Zeitpunkt die Bremse und erklärte: «Ihr Antrag ist zweifellos verfrüht. Heute wissen wir nicht einmal, ob es einen EWR überhaupt geben wird. Und wenn es einen EWR geben wird, dann muss sich herausstellen, wie er aussehen soll. Und wenn wir wissen, wie er aussehen soll, müssen wir zudem noch in Erfahrung bringen, ob an diesen von aussen gesetzten Bedingungen überhaupt noch etwas zu ändern sein wird.» Gemäss dieser Aussage, die bestimmend für die VU-Fraktion wirkte, wehrte sich die Mehrheitspartei gegen eine öffentliche Sitzung des Landtags, die ausschliesslich dem EWR-Abkommen gewidmet sein sollte.

Als Kompromiss erklärte sich die VU-Fraktion zwar bereit, über den EWR-Vertrag zu diskutieren, allerdings zu einem späteren Zeitpunkt und nicht im Rahmen einer Sondersitzung. Der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch erinnerte die Verantwortlichen für die Zusammenstellung der Traktandenliste für die Dezember-Sitzung, dass dem Traktandum «Grundsatzdiskussion EWR» gebührend Zeit eingeräumt werden müsse: «Als Richtmass kann die Debatte zum UNO-Beitritt herangezogen werden, anlässlich welcher sich beinahe alle Abgeordneten zu Wort meldeten. Umsomehr wird dies wohl hier gelten, da erstens die Frage zum EWR die Zukunft unseres Landes weit mehr als der UNO-Beitritt beeinflussen wird und da zweitens der Vertrag noch nicht unterzeichnet ist und daher auch eine Diskussion für oder gegen Unterzeichnung noch möglich ist.»

Mehr oder weniger Volksrechte?

Vorbehalte des Landtags gegenüber Limiten bei Finanzreferendum

(G.M.) – Die Beschneidung der Volksrechte stand im Mittelpunkt der Eintretensdebatte zur Vorlage der Regierung über die Verfassungsänderung zur Erhöhung der Limiten beim fakultativen Finanzreferendum sowie zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes. Während der Vorschlag der Regierung lautete, die seit 1947 unverändert gebliebenen Limiten um das Zehnfache anzuheben, stellte die FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt den Antrag, nur eine Erhöhung um das Fünffache vorzunehmen. Der Landtag wird sich im Detail nochmals mit diesen Fragen befassen.

Die vier FBP-Abgeordneten Dr. Alois Ospelt, Josef Büchel, Johann Kindle und Georg Schierscher sowie der VU-Abgeordnete Georg Vogt beleuchteten die Vorlage der Regierung von verschiedenen Seiten. Ins Zentrum seiner Betrachtungen stellte FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt die Frage der Volksrechte beim fakultativen Finanzreferendum, wenn die Limiten gegenüber bisher angehoben werden sollen. Jede Erhöhung stelle eine Schmälerung der Volksrechte dar. Er betonte er und stellte den Antrag, nur eine Erhöhung um das Fünffache vorzunehmen. Josef Büchel (FBP) ging auf die Strassenbaukredite und die vorgeschlagene Abschreibungspraxis ein: Wird der Landtag weiterhin gesamthaft über die Strassenprojekte abstimmen, während das Volk die Möglichkeit hat, gegen einzelne Projekte das Referendum zu ergreifen? Durch die vorgeschlagene Abschreibungspraxis erwartet er ferner eine Verbesserung der Landesrechnungen in den kommenden Jahren, ohne dass finanzpolitische Massnahmen vorgenommen würden.

Eingehend befasste sich der FBP-Abgeordnete Johann Kindle mit den vorgelegten Änderungen des Finanzhaushaltsgesetzes und fragte die Regierung insbesondere nach dem Begriff der «ungebundenen Ausgaben». Er forderte die Regierung auf, bis zur nächsten Behandlung im Landtag eine Darstellung über die bisherige Praxis bei diesen Ausgaben zu erarbeiten. Zudem gab er zu verstehen, dass er sich durchaus eine Anhebung der Limite für die Nachtragskredite vorstellen könnte. Die Regierung schlägt vor, dass Überschreitungen von weniger als 3000 Fr. nicht mehr unter den Nachtragskrediten aufscheinen sollten.

Erneut sein Unbehagen über die Nachtragskredite trug der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher vor.

Mehr über diese Vorlage im Innern der heutigen Ausgabe.

Eine ganzheitliche Politik für den Alpenraum

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille spricht sich für die Alpenkonvention aus

(G.M.) – Das Fürstentum Liechtenstein gehört zu den Mitunterzeichnern der Alpenkonvention. Die liechtensteinische Unterschrift unter das «Übereinkommen zum Schutz der Alpen» setzte in Salzburg, wie bereits berichtet, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille. Nach seiner Rückkehr von der Alpenkonferenz in Salzburg unterstrich er die Bedeutung der Alpenkonvention für den Alpenraum und damit auch für unser Land.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille wurde begleitet durch Forstmeister Dr. Felix Näscher und den Leiter des Landwirtschaftsamtes, Julius Ospelt. Mit dem Übereinkommen wird erstmals eine ökologisch orientierte umfassende Entwicklungsstrategie für den gesamten Alpenraum festgelegt. «Ich habe es begrüsst», meinte Regierungschef-Stellvertreter Wille nach seiner Rückkehr, «dass sich die Alpenländer zusammengefunden haben, um ihren Raum durch gemeinsame Anstrengungen in völkerrechtlich verbindlicher Art zu schützen.» Nach seiner Auffassung wird damit vor allem das Gemeinsame der Alpenländer Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz und Liechtenstein hervorgehoben. Und das, so erklärte Wille weiter, «ist ein entscheidender Schritt, der garan-

tiert, dass alle Alpenländer zusammen eine ganzheitliche Politik im Alpenraum betreiben werden.»

Nach der Unterzeichnung der Konvention werden nun die Einzelbereiche in Protokollen festgelegt. Bis die 3. Alpenkonferenz in zwei Jahren in Frankreich tagen wird, sollen alle Protokolle, beispielsweise über den Bergwald, über Energie oder über Verkehr, vorliegen, damit sie als Richtlinien für die künftige

Politik im Alpenraum verabschiedet werden können.

Die Bedeutung der Alpenkonvention fasste Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille mit den folgenden Worten zusammen: Für Liechtenstein ist die Teilnahme an dieser Konvention nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern auch eine Notwendigkeit. Verfolgen wir doch die Zielrichtungen, wie sie in der Konvention festgelegt sind, in der eigenen Gesetzgebung. Der Erfolg ist vielversprechender, wenn sie für den ganzen Alpenraum gelten. Wir erwarten uns gerade auch in den von der Konvention bezeichneten Bereichen, die in den Protokollen noch näher zu formulieren sind, Impulse für unsere Gesetzgebung. Und schliesslich eröffnet die Konvention die Möglichkeit zu gegenseitiger Information, was wichtig ist, um eine in der Sache koordinierte Politik machen zu können.

Wir werden jedenfalls, so weit es uns möglich ist, an den Protokollen zur Alpenkonvention mitwirken. Denn es gilt, die Konvention mit Leben zu erfüllen. Dazu ist es notwendig, dass Protokolle, welche die Einzelheiten in verbindlicher Weise festlegen, vorhanden sind. Die Konvention ist nur der Rahmen, der einen Prozess auslöst.



Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unterzeichnete die Alpenkonvention für Liechtenstein.

Orienteppeiche
Werner Hölbe
Güfer 100
9497 Triesenberg
Tel. 075 / 2 24 94


federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRUNAUSTRASSE 1, 9470 BUCHS, TEL. 055/62818
STADTLE-MARKT, 9490 VADUZ, TEL. 075/28202